

Name: _____

Politikklausur

11PO1 Nr. 2 07.12.2012 (2-std.)



Bitte NUR die Vorderseiten der durchnummerierten Blätter beschreiben!

Aufgaben - präzise und in eigenen Worten (außer Fachbegriffe)

- | | | | |
|----|-----|--------|--|
| 1 | I | 10 min | Stelle dar, was der Autor unter Transparenz versteht. |
| 2 | II | 25 min | Erläutere: „Aber die ehemaligen Volksparteien ... sind diesen neuen Konflikten nicht mehr gewachsen.“ |
| 3a | III | 60 min | Untersuche die Behauptung: „Die direkte Demokratie stärkt zudem vor allem die Mittelschicht ...“ und setze dich mit dieser Behauptung auseinander! |
| 3b | III | 60 min | Untersuche und nimm Stellung zu den Überlegungen des Autors zur Demokratisierung der Gesellschaft. |

*Christoph Seils: **Wie sich unsere Demokratie retten ließe** 08.02.2011*

Die Volksparteien sind am Ende. Die Bürger wenden sich ab und protestieren. Wenn wir das System nicht ändern, drohen der Republik soziale Spannungen.

- 5 Das Kapitel Volksparteien in der deutschen Geschichte ist abgeschlossen. Es führt kein Weg zurück zu den abgeschotteten Milieus, zu den alten ideologischen Schlachten, zu den festen Wählerbindungen und zum schuldenfinanzierten Wohlfahrtsstaat. Die moderne Gesellschaft ist vielfach gespalten: zwischen Arm und Reich, 10 zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung, zwischen Inländern und Migranten, zwischen digitaler und analoger Welt, zwischen Jung und Alt, zwischen Ost und West. Diese neuen Konfliktlinien werden so schnell nicht wieder verschwinden.

- 15 **Aber die ehemaligen Volksparteien**, deren Wurzeln ins 19. Jahrhundert zurückreichen, **sind diesen neuen Konflikten nicht mehr gewachsen**. Es gibt keine Religionen mehr und keine Ideologien, mithilfe derer sich die Spaltungen überbrücken ließen. Die Gruppeninteressen sind so heterogen, dass sie von den etablierten Parteien nicht mehr gebündelt werden können. Viele Probleme sind zu 20 komplex und die finanziellen Spielräume des Staates zu eng. Die politischen Eliten haben sich von ihren Wählern entfernt, deren Unmut sich deshalb gegen die Parteien insgesamt richtet. Gleichzeitig fordern selbstbewusste zivilgesellschaftliche Akteure die Politik¹ heraus.

- 25 Doch was kommt nach den Volksparteien? Parteien wird es weiterhin geben. Sie sind weltweit ein elementarer Bestandteil jeder demokratischen Gesellschaft. Es gibt in Deutschland mittelgroße und mittelkleine Parteien, und möglicherweise wird bald eine der kleinen Parteien zu den mittelgroßen aufschließen oder aus einer mittelgroßen 30 eine kleine Partei werden. Die Parteien werden sich zudem an ein ständiges Auf und Ab und große Sprünge in der Wählergunst gewöhnen müssen. (...)

- 35 Groß ist zugleich die Gefahr einer Berlusconiisierung der deutschen Politik. Mit der "Forza Italia" ist es in Italien einem der größten Konzerne gelungen, sich der Politik zu bemächtigen und Einfluss auf die Regierungsgeschäfte zu nehmen. Je weniger die Parteien in der Gesellschaft verankert sind, desto mehr Einfluss auf die Politik gewinnen

¹ Gemeint ist hier die Protestbewegung *Stuttgart 21* als Beispiel.

auch in Deutschland Lobbyisten. Schon jetzt versuchen finanzstarke Interessengruppen – die Pharmaindustrie, die Energiewirtschaft oder das Hotelgewerbe – politische Entscheidungen zu erzwingen oder zu kaufen. Der wichtigste Hebel, dieser Gefahr zu begegnen, heißt **Transparenz**.

Auch der Parteienstaat braucht eine neue Legitimations- grundlage. Politische Personalentscheidungen dürfen nicht länger in den Hinterzimmern der Macht fallen. Vor allem der Besetzung von Führungspositionen in wichtigen Institutionen, etwa Bundesbank, Bundeswahlleiter oder Verfassungsgericht, sollte ein öffentliches und transparentes Auswahlverfahren voraus- gehen. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte dem unmittelbaren Zugriff der Politik entzogen werden. (...)

Es bestünde aber auch die Möglichkeit, einer föderalen Konsensrepublik neue direktdemokratische Entscheidungs- verfahren entgegenzustellen. Die Wähler würden dadurch zu Vetospielern gegen die politische Klasse und gegen die Parteiendemokratie. Zudem würde so die Zivilgesellschaft, die sich längst unabhängig von den Parteien etabliert hat, in politische Entscheidungsprozesse eingebunden.

Schon jetzt wird der Ruf nach direkter Demokratie lauter, in vielen Bundesländern wurden die Verfahren vereinfacht, die Quoten für erfolgreiche Volksbegehren und Volksentscheide gesenkt. Doch Volksabstimmungen bergen Risiken. Gesellschaftliche Konflikte könnten noch stärker populistisch aufgeladen, Ressentiments noch stärker geschürt werden. Auch Lobbys, Unternehmen oder Kapitalinteressen könnten versucht sein, ihre Ziele auf diesem Wege mit viel Geld und professionellen Kampagnen durchzusetzen.

Die direkte Demokratie stärkt zudem vor allem die Mittelschicht und damit den Einfluss jener Bürger, die ohnehin in Vereinen, Verbänden oder Bürgerinitiativen organisiert sind. Eine aktive und selbstbewusste Bürgergesellschaft kann deshalb zwar dazu beitragen, die Demokratie in Deutschland zu konsolidieren und gleichzeitig ein "Frühwarnsystem" (Franz Walter) sein. Trotzdem besitzt die Idee eine fatale Schlagseite, denn der "Klassencharakter" (Paul Nolte) der Bürgergesellschaft ist unverkennbar. Die Unterschicht ist in Parteien, Verbänden oder Bürgerinitiativen kaum vertreten, Immigranten sind eher die Ausnahme.

Die Gesellschaft darf sich jedoch nicht damit abfinden, dass die Wahl- und andere Formen der Bürgerbeteiligung immer weiter sinken. In einer individualisierten Gesellschaft, die von Partikularinteressen dominiert wird, engagiert sich kein Politiker mehr für die Wohnquartiere der Unterschicht, für ein durchlässiges Schulsystem oder die Wiederherstellung der lokalen Ökonomie, solange er dort keine Wählerstimmen erwarten kann.

Deutschland braucht deshalb Debatten über einen neuen gesellschaftlichen Konsens, der nicht ausgrenzt, sondern integriert. Es braucht die Verständigung über eine Leitkultur, die die Heterogenität einer Einwanderungsgesellschaft anerkennt und nicht Assimilierung meint, und es braucht eine intensive Auseinandersetzung über die Erneuerung der Demokratie, die zusätzliche Partizipationschancen eröffnet. Doch alle Debatten bleiben ideologisch, wenn nicht zugleich die Ursachen von gesellschaftlicher Marginalisierung und Spaltung beseitigt werden. Deshalb helfen der Unterschicht nur ein funktionierendes Sozialsystem, Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten. (...)

Christoph Seils arbeitet als Ressortleiter Online von Cicero. In diesen Tagen ist sein Buch "Parteiendämmerung oder was kommt nach den Volksparteien" im wjs-Verlag erschienen.

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-02/ende-volksparteien-seils/komplettansicht>